Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 76 (1982)
Heft: 3

Artikel: Stichwort "Sicherheitspolitik" : Glossen zu Voten
Autor: Spieler, Willy
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-142977

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

WILLY SPIELER

Stichwort «Sicherheitspolitik»

Glossen zu Voten

In einem Gespräch über die Friedensbewegung wurde der freisinnige Nationalrat Rudolf Friedrich gefragt, ob er nie Angst habe. «Jedenfalls überwinde ich die Angst verstandesmäßig», lautete die selbstbewußte Antwort (LNN vom 7. 12. 81). Für so «verstandesmäßig» hält sich offenbar die schweizerische «Sicherheitspolitik», daß sie glaubt, die Friedensbewegung ins irrationale Abseits drängen zu können. Mit welchem Recht? Ich habe mir erlaubt, im letzten halben Jahr die «sicherheitspolitischen» Voten unserer Kirchen-, Staats- und Armeeführer zu sammeln und auf ihren rationalen Gehalt zu prüfen. Hier eine, wie ich glaube, repräsentative Auswahl.

«Christliche Armee»

Beginnen wir mit den «theologischen» Voten. Zur Lektüre empfiehlt sich vor allem die Erklärung der Schweizer Bischöfe zum 500-Jahr-Jubiläum des «Stanser Verkommnisses». Sie trägt den Titel «Unsere Verantwortung zur Förderung und Sicherung des Friedens»; doch würde dem Text keine Gewalt angetan, wenn die Ueberschrift lautete: «Unsere Verantwortung zur Förderung und Sicherung der Armee».

Wohl zeigen die Bischöfe für die Militärverweigerer «Verständnis». Sie sprechen ihnen nur gerade das «Recht» ab, «den Weg der Gewaltlosigkeit als einzigen christlich verantwortbaren hinzustellen». Für die Bischöfe scheint somit die Gewaltlosigkeit, obzwar nicht der «einzige christlich verantwortbare», so doch wenigstens e i n christlich verantwortbarer Weg zu sein. In der Konsequenz dieses Urteils dürften sie daher auch die militärische Landesverteidigung nur als e i n e n christlich verantwortbaren und nicht als den einzigen christlich verantwortbaren Weg gelten lassen. Aber weit gefehlt: Die Bischöfe brechen lieber mit der Logik ihrer Sätze, als daß sie auf die Rechtfertigung der Armee verzichten würden.

«Der Friede bedarf», so erklären die Bischöfe, «des wirksamen Schutzes». Und: «Von dieser friedenserhaltenden Funktion her erhält unsere Armee ihre Berechtigung.» «Der Christ» dürfe sich «nicht allein von Gefühlen und einem Wunschdenken leiten lassen». «Das Reich Gottes» sei nun einmal «in dieser Welt noch nicht verwirklicht». Daß auch «die Strategie der Gewaltlosigkeit gefördert werden» sollte, diese Forderung der Römischen Bischofssynode 1971, hat keinen Platz unter

den armeefreundlichen Zitaten der Verlautbarung. So wenig als die Bibel ...

Unsere «Sicherheitspolitiker» haben den bischöflichen Text dankbar entgegengenommen. Was wollen sie mehr als die kirchliche Rechtfertigung der Armee bis zu jenem Tage, an dem das Reich Gottes «verwirklicht» sein wird? Unser ranghöchster Offizier, Jürg Zumstein, gefällt sich bereits als Generalstabschef einer «christlichen Armee» (TA vom 18. 12. 81). Wenn aber die Armee die «christliche» Position besetzt hält, dann läßt sich die Friedensbewegung beliebig verketzern. Leicht kommt dem Generalstabschef das Anathema über die Lippen: «Auf der Straße wachsen in diesem Staat nicht die guten Dinge.» Am «christlichsten» wäre wohl ein Demonstrationsverbot.

Militär als «Friedensstifter»

Auch Bundesrat Georges-André Chevallaz hat am letzten Comptoir Suisse betont: «Friedensstifter sind wir, die Armee». Ist das nicht etwas zuviel behauptet? Armeen können im besten Fall einen Krieg verhindern. Aber Frieden stiften? Ist Nichtkrieg denn schon Frieden? Davon abgesehen: Auch der Nichtkrieg ist wirklich nur im besten Fall dem Dasein von Armeen zu verdanken. Der beste Fall aber ist längst nicht der Normalfall. Krieg gibt es, weil es Armeen gibt, die ihn führen.

Eine Armee stiftet umso weniger Frieden, als ihre Waffen selbst dann töten, wenn sie nicht losgehen. Würde unser Land nur die Hälfte der Summe, die es jährlich in seine Armee investiert, für die Bekämpfung des Hungers in der Dritten Welt ausgeben, es könnte damit mehr Menschenleben retten, als sich durch unsere Armee jemals verteidigen ließen. Nein, Armeen führen immer Krieg, auch im Frieden. Sie führen Krieg gegen jene Menschen, die wir lieber verhungern lassen, als daß wir vom Trugbild unserer «Sicherheitspolitik» Abschied nähmen. Der Ernstfall ist nicht der hypothetische Kriegsausbruch, der Ernstfall ist der Hungertod von täglich 40 000 Kindern in der Dritten Welt.

Wichtigeres als Frieden?

Nicht nur für Alexander Haig, auch für unseren Bundesrat gibt es «Wichtigeres als Frieden». In seiner Antwort auf eine freisinnig-demokratische Interpellation steht zu lesen: «Der Bundesrat will nicht irgend einen Frieden verteidigen, sondern einen Frieden, der die Erhaltung unserer Grundwerte gewährleistet, d. h. einen Frieden in Freiheit in allen ihren Erscheinungsformen.»

Wesentlich differenzierter drückte sich der Bundesrat in seinem Bericht «über die Sicherheitspolitik der Schweiz» vom 27. Juni 1973 aus. «Frieden in Unabhängigkeit» ist das Ziel der «Gesamtverteidigungs-

konzeption» zwar auch hier. Nur war der Bundesrat vor bald zehn Jahren so einsichtig, noch hinzuzufügen: «Die heutigen Möglichkeiten, nicht nur Bevölkerungsteile, sondern ein Volk als Ganzes mitsamt seiner biologischen Substanz zu vernichten, können Lagen schaffen, in denen die Sicherstellung des Ueberlebens sogar den Vorrang erhält.» «Unter Umständen» sei dann nicht mehr militärisch, sondern «mit anderen Mitteln und in anderen Formen Widerstand zu leisten».

Worin unterscheiden sich offizielle «Sicherheitspolitik» und Friedensbewegung? Die «Sicherheitspolitiker» glauben noch an ein europäisches Kriegsszenario, das nicht zwangsläufig das «Volk als Ganzes mitsamt seiner biologischen Substanz» bedrohen würde. Die Friedensbewegung hat diesen Glauben verloren. Daß ein Krieg in Europa zum nuklearen Inferno eskalieren müßte, dafür sorgt schon die «Verteidigungsdoktrin» der Nato, die jeden, auch den nur konventionell überlegenen Gegner mit Atomschlägen vernichten will. Wer urteilt hier rationaler, die «Sicherheitspolitiker» oder die Friedensbewegung?

Angst vor Gewaltfreiheit

«Der gewaltlose Widerstand bildet keine Alternative zur bewaffneten Landesverteidigung», hat der Bundesrat am 1. März dieses Jahres auf eine Einfache Anfrage von Nationalrat Crevoisier geantwortet. Wiederum hieß es im erwähnten Bericht des Bundesrates von 1973 um einiges differenzierter, «auch der gewaltlose Widerstand der Bevölkerung» habe «einen hohen moralischen Wert», ja er gehöre «zur schweizerischen Strategie». Warum aber wird dieser gewaltlose Widerstand, wenn er schon zur «schweizerischen Strategie» gehört, nicht genauso organisiert und eingeübt wie die militärische Landesverteidigung? Hat der Bundesrat Angst, der gewaltlose Widerstand könnte, wenn einmal im Bewußtsein der Bevölkerung verankert, glaubwürdiger erscheinen als der militärische? Oder fürchtet er gar, diese Form des Widerstandes ließe sich auch einmal gegen die Herrschenden im eigenen Land anwenden?

Bundesrätliche Beihilfe zur «Nachrüstung»

Vor dem Straßburger Europarat tadelte unlängst der schweizerische Außenminister Pierre Aubert die Gegner der Nato-«Nachrüstung» mit den Worten: «Die Historiker der Zukunft werden Mühe haben, die Haltung jener Europäer zu verstehen, die sich vor den Waffen fürchten, die sie verteidigen sollen, und sich an jene Waffen gewöhnen, die sie bedrohen.» Welche Waffen sollen uns verteidigen, Herr Aubert? Doch nicht die Cruise Missiles und die Pershing-2-Raketen? Doch nicht diese Vernichtungskapazität, die in gar keinem Verhältnis zu dem steht, was sie «schützen» soll? Doch nicht Waffen, die im «Verteidigungsfall» Europa als bewohnbaren Kontinent auslöschen würden?

Das Schlimmste an der «Nachrüstung» aber ist, daß sie dieses Ende Europas wahrscheinlicher macht. Gewiß sind wir auch durch die SS-20-Raketen der Sowjetunion bedroht. Wer aber will, daß diese Raketen tatsächlich zum Einsatz kommen, der muß sich genauso verhalten wie die «Nachrüster». Er muß von begrenztem Atomkrieg reden und seine eigenen Atomraketen möglichst nahe der UdSSR stationieren, mit so kurzen Vorwarnzeiten, daß die Sowjetführung in Zeiten erhöhter Spannung Gefahr läuft, die Nerven zu verlieren.

Neutral wie die Nato?

Daß sich ein schweizerischer Außenminister dazu hergibt, eine Nato-Doktrin zu vertreten, ist ohnehin ein einmaliger Vorgang. Nach dem Vordenker der schweizerischen Neutralitätspolitik, Max Huber, ist es Aufgabe unserer Regierung, «alles zu fördern, was geeignet ist, Kriegen vorzubeugen», «durch internationale Zusammenarbeit dem Geist des nationalen Gegeneinanders entgegenzuwirken» und sich insbesondere die notwendige «Zurückhaltung und Sachlichkeit» aufzuerlegen, damit nicht «irgendwelche Zweifel an der Stabilität der schweizerischen Neutralität aufkommen» (Vermischte Schriften IV, S. 288f., 303). Wie kann Herr Aubert diese neutralitätspolitischen Maximen mit seinem Straßburger Votum noch vereinbaren?

Die ideologisch-politische Nato-Hörigkeit ist bereits so weit gediehen, daß Bundesrat und Parlamentsmehrheit sich in der März-Session weigerten, ein Postulat unseres Freundes Hansjörg Braunschweig entgegenzunehmen, das eine aktivere Außenpolitik zwischen den Blökken forderte. Als aber die Schweizerische Offiziersgesellschaft im Januar ihre zwölf Thesen zur Friedensdiskussion vorlegte und dabei ebenfalls eine aktive Außenpolitik bis zur «umfassenden allseitigen Abrüstung» verlangte, durfte sie des Beifalls unserer «Sicherheitspolitiker» gewiß sein. Wir notieren: Eine Neutralitätspolitik, die ernst gemeint ist, wird abgelehnt; Alibis sind stets willkommen.

«Feindbilder»

«In der Schweiz werde bewußt auf ein Feindbild verzichtet», sagte Herr Zumstein, als er die Armee mit «christlichem» Etikett versah. Alarmierend an dieser Aussage ist ihre offensichtliche Unwahrheit. Wenn zum Beispiel Nationalrat Friedrich im Zürcher «Kirchenboten» (1. 1. 82) den «Ost-West-Konflikt» «hauptsächlich auf die expansive Politik der Sowjetunion», auf «die gewalttätige Natur der Sowjetpolitik» und auf deren «gewaltige Militärmacht», die «eindeutig offensiv ausgerichtet» sei, zurückführt, während er für den «amerikanischen Schutzschild» nur Worte des Lobes findet, dann befleißigt er sich einer Schwarz-weiß-Malerei,

die auf jede differenzierende Analyse, aber gewiß nicht «bewußt auf ein Feindbild verzichtet». Wenn ferner Bundesrat Chevallaz in seiner Comptoir-Rede meint, die Abrüstung der Schweiz wäre eine «geistige Ermunterung zur Eroberung, zur Beherrschung und zur Unterdrükkung», dann weiß auch der letzte Zuhörer, wo der Feind lauert, der uns beim ersten Anzeichen militärischer Schwäche angreifen möchte.

Einen noch deutlicheren Klartext reden gewisse Manöveranlagen. Da hieß es zum Beispiel in einer Uebung der Spital-Abteilung 61 vom 12. Oktober 1981: «Die französische Regierung hat am 15. September 1981 mit der UdSSR ein Abkommen über die Benützung der unterirdischen U-Boot-Häfen Cherbourg und Royan abgeschlossen. Die darauf entstandenen Tumulte konnten mit Polizei und Militär nicht niedergeschlagen werden. Die Volksfrontregierung bittet um Verstärkung durch östliche Truppen.» Vor bald zehn Jahren reagierte der «rote Feind» noch gewalttätiger: «Im Zusammenhang mit der Kritik an den Ostverträgen und dem Sturz der Regierung Brandt» erfolgte damals gar «ein überraschender Angriff der roten Streitkräfte unter Einsatz von taktischen Atomwaffen auf die BRD und Oesterreich». So der Text eines Nachrichtenblattes der Flieger- und Fliegerabwehrtruppen vom 21. September 1972 (vgl. «Volksrecht» vom 23./24. 10. 81).

Es geht hier nicht um zufällige Entgleisungen. Ohne Feindbild gäbe es keine «Sicherheitspolitik». Ohne Feindbild könnten wir unsere Aengste in der Tat «verstandesmäßig überwinden». Die Phantasie, welche unsere «Sicherheitspolitiker» nie so beflügelt, wie wenn sie sich den Kopf des «roten Feindes» zerbrechen, würde endlich für kreative Aufgaben freigesetzt.

«Ferngesteuerte Friedensbewegung»

Wer an den äußeren Feind nicht so recht glauben mag, steckt mit ihm unter einer Decke. Darum ist «Fernsteuerung» die einwandfreie «sicherheitspolitische» Erklärung für das Phänomen der Friedensbewegung. Diese spielt ganz offensichtlich «mit dem Segen der Sowjetunion ihre Rattenfängerrolle», wie der scheidende Präsident der Zürcher Offiziersgesellschaft in seinem tiefschürfenden Exposé über «Pazifistenrummel» zu berichten weiß (TA vom 11. 1. 82). Die «Fernsteuerung» ist auch für Bundesrat Chevallaz «unbestreitbar» (LNN vom 21. 11. 81).

Wer nach Beweisen für diese ungeheuerliche, das innenpolitische Klima noch mehr vergiftenden Behauptung fragt, bekommt — etwa von unserem «homme de lettres» aus dem Bundeshaus — zu hören: «Die Tatsache, daß diese Bewegungen auf der andern Seite des Eisernen Vorhanges mit viel Genugtuung begrüßt werden, gibt zu denken» (LNN vom 21. 11. 81). General Jaruzelski läßt den Chef EMD freundlich grüßen: Wenn jeder Beifall von der «falschen» Seite als Beweis der

«Fernsteuerung» gelten darf, dann hat er seinen Lech Walesa endlich überführt. Das westliche Lob für «Solidarnosc» ist der «unbestreitbare» Beweis für die «Fernsteuerung» durch den kapitalistischen Klassenfeind ...

Politisierende Offiziere

«Die Offiziersgesellschaften müssen politischer werden, ohne deshalb den Grundsatz der parteipolitischen Neutralität zu verletzen, es sei denn gegenüber Parteien, die sich in Widerspruch zum Prinzip der militärischen Landesverteidigung stellen», schreibt der Zentralpräsident der Schweizerischen Offiziersgesellschaft in einer Festschrift zum 175jährigen Bestehen der Offiziersgesellschaft Winterthur.

Im staatsbürgerlichen Unterricht tönt es anders. Da ist es das demokratische Recht jedes Schweizer Bürgers, die Armee in Frage zu stellen. Da kann das Volk in aller Freiheit entscheiden, ob es eine Armee will oder nicht. Da ist es sogar Aufgabe der Armee, für diese Freiheit einzustehen, also auch eine armeekritische Diskussion und Politik zu ermöglichen. Wenn nun aber die Offiziere nicht bereit sind, diese Aufgabe zu erfüllen? Dann verteidigt die Armee in Wahrheit nicht die Demokratie, sondern nur sich selbst. Das war zwar schon immer so. Jetzt haben wir es auch noch schriftlich.

Die Verteidigung von Land und Freiheit

Ein Bauernvertreter der Korporation Buochs, der die Verlängerung des dortigen Militärflugplatzes droht, meinte neulich: «Wir haben doch eine Armee, um das Land zu verteidigen. Heute ist es aber bald so, daß wir das Land gegen die Armee verteidigen müssen» (LNN vom 13. 2. 82). Diese seltsame Dialektik einer Institution, die gerade das zerstört, was sie zu verteidigen vorgibt, begegnet uns auch im Bereich der liberalen Grundrechte. Da nimmt zum Beispiel die Geschäftsleitung der Freisinnig-demokratischen Partei der Schweiz gegen «pazifistische Strömungen» Stellung, indem sie daran erinnert, daß die Pazifisten «ihre Tätigkeit in der Schweiz nur dank der hier respektierten Meinungsfreiheit und der Gewährleistung der weiteren Freiheitsrechte ausüben können» (NZZ vom 3./4. 10. 81). Seltsame Logik: Pazifisten sollen gefälligst den Mund halten, denn die Freiheit, von der sie Gebrauch machen, wird von der Armee verteidigt. Liberal wäre die Umkehrung dieses Satzes: Auch wenn eine Armee die Ansichten des Pazifismus nicht teilen kann, so muß es dennoch ihr Auftrag sein, für die Meinungsfreiheit der Pazifisten einzutreten (auch in der Armee selbst). Liberal wäre insbesondere das Vertrauen, daß ein solches Klima der Freiheit letztlich nur der Wahrheit diente. Und in der Tat: Wer die militärisch verteidigte Freiheit zum Argument der Unfreiheit macht, hat Angst vor der Wahrheit.